



Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt

► Regierungsratsbeschluss vom 29. Oktober 2013

P135297

Schriftliche Anfrage Andreas Sturm betreffend Haftung der Steuerzahler für ungedeckte Kosten der Stilllegung und Entsorgung von AKWs

- ://: 1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Schreibensentwurf an den Grossen Rat.

Begründung

Der Regierungsrat sieht keinen Anlass, die heutigen gesetzlichen Grundlagen in Bezug auf die Übernahme von Stilllegungs- und Entsorgungskosten, die sich am Verursacherprinzip orientieren, zu ändern. Er hat derzeit allerdings auch keine konkreten Anhaltspunkte dafür, dass im Bund entsprechende Veränderungen tatsächlich angestrebt werden. Von daher teilt er das Ausmass der Besorgnis des Fragestellers nicht, dass ohne weiteres nun eine allgemeine Finanzierung von Stilllegungs- und Entsorgungskosten über Bundessteuermittel realisiert würde. Sollte es künftig zu entsprechenden Vorstösse kommen, würde der Regierungsrat selbstverständlich alle parlamentarischen Initiativen unterstützen, die solches verhindern. Gegebenenfalls wäre er auch bereit, ein Kantonsreferendum zu ergreifen oder zu unterstützen. Dies v.a. dann, wenn für den Kanton mittel- oder gar unmittelbar eine Reduktion des Anteils aus der direkten Bundessteuer die Folge wäre.

